

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mk. ohne Zustragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die in der ersten Spalte 50 Pf., in der zweiten 75 Pf., in der dritten 100 Pf., in der vierten 125 Pf., in der fünften 150 Pf., in der sechsten 175 Pf., in der siebten 200 Pf., in der achten 225 Pf., in der neunten 250 Pf., in der zehnten 275 Pf., in der elften 300 Pf., in der zwölften 325 Pf., in der dreizehnten 350 Pf., in der vierzehnten 375 Pf., in der fünfzehnten 400 Pf., in der sechzehnten 425 Pf., in der siebenzehnten 450 Pf., in der achtzehnten 475 Pf., in der neunzehnten 500 Pf., in der zwanzigsten 525 Pf., in der einundzwanzigsten 550 Pf., in der zweiundzwanzigsten 575 Pf., in der dreiundzwanzigsten 600 Pf., in der vierundzwanzigsten 625 Pf., in der fünfundzwanzigsten 650 Pf., in der sechsundzwanzigsten 675 Pf., in der siebenundzwanzigsten 700 Pf., in der achtundzwanzigsten 725 Pf., in der neunundzwanzigsten 750 Pf., in der dreißigsten 775 Pf., in der einunddreißigsten 800 Pf., in der zweiunddreißigsten 825 Pf., in der dreiunddreißigsten 850 Pf., in der vierunddreißigsten 875 Pf., in der fünfunddreißigsten 900 Pf., in der sechsunddreißigsten 925 Pf., in der siebenunddreißigsten 950 Pf., in der achtunddreißigsten 975 Pf., in der neununddreißigsten 1000 Pf., in der vierzigsten 1025 Pf., in der einundvierzigsten 1050 Pf., in der zweiundvierzigsten 1075 Pf., in der dreiundvierzigsten 1100 Pf., in der vierundvierzigsten 1125 Pf., in der fünfundvierzigsten 1150 Pf., in der sechsundvierzigsten 1175 Pf., in der siebenundvierzigsten 1200 Pf., in der achtundvierzigsten 1225 Pf., in der neunundvierzigsten 1250 Pf., in der fünfzigsten 1275 Pf., in der einundfünfzigsten 1300 Pf., in der zweiundfünfzigsten 1325 Pf., in der dreiundfünfzigsten 1350 Pf., in der vierundfünfzigsten 1375 Pf., in der fünfundfünfzigsten 1400 Pf., in der sechsundfünfzigsten 1425 Pf., in der siebenundfünfzigsten 1450 Pf., in der achtundfünfzigsten 1475 Pf., in der neunundfünfzigsten 1500 Pf., in der sechzigsten 1525 Pf., in der einundsechzigsten 1550 Pf., in der zweiundsechzigsten 1575 Pf., in der dreiundsechzigsten 1600 Pf., in der vierundsechzigsten 1625 Pf., in der fünfundsechzigsten 1650 Pf., in der sechsundsechzigsten 1675 Pf., in der siebenundsechzigsten 1700 Pf., in der achtundsechzigsten 1725 Pf., in der neunundsechzigsten 1750 Pf., in der siebenzigsten 1775 Pf., in der einundsiebzigsten 1800 Pf., in der zweiundsiebzigsten 1825 Pf., in der dreiundsiebzigsten 1850 Pf., in der vierundsiebzigsten 1875 Pf., in der fünfundsiebzigsten 1900 Pf., in der sechsundsiebzigsten 1925 Pf., in der siebenundsiebzigsten 1950 Pf., in der achtundsiebzigsten 1975 Pf., in der neunundsiebzigsten 2000 Pf., in der achtzigsten 2025 Pf., in der einundachtzigsten 2050 Pf., in der zweiundachtzigsten 2075 Pf., in der dreiundachtzigsten 2100 Pf., in der vierundachtzigsten 2125 Pf., in der fünfundachtzigsten 2150 Pf., in der sechsundachtzigsten 2175 Pf., in der siebenundachtzigsten 2200 Pf., in der achtundachtzigsten 2225 Pf., in der neunundachtzigsten 2250 Pf., in der neunzigsten 2275 Pf., in der einundneunzigsten 2300 Pf., in der zweiundneunzigsten 2325 Pf., in der dreiundneunzigsten 2350 Pf., in der vierundneunzigsten 2375 Pf., in der fünfundneunzigsten 2400 Pf., in der sechsundneunzigsten 2425 Pf., in der siebenundneunzigsten 2450 Pf., in der achtundneunzigsten 2475 Pf., in der neunundneunzigsten 2500 Pf., in der hundertsten 2525 Pf., in der einundhundertsten 2550 Pf., in der zweiundhundertsten 2575 Pf., in der dreiundhundertsten 2600 Pf., in der vierundhundertsten 2625 Pf., in der fünfundhundertsten 2650 Pf., in der sechsundhundertsten 2675 Pf., in der siebenundhundertsten 2700 Pf., in der achtundhundertsten 2725 Pf., in der neunundhundertsten 2750 Pf., in der tausendsten 2775 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 187

Freitag den 12. August 1921

87. Jahrgang

Elternratswahl.

Die Elternratswahl findet Sonntag den 28. ds. Mts. von vormittags 9 bis nachmittags 1 Uhr in der Turnhalle der hiesigen Bürgerschule statt. Die Wahlliste liegt vom 15. bis mit 20. ds. Mts., vormittags 10—12 Uhr, im Amtszimmer des Schulleiters aus. Wahlvorschläge müssen zur Vermeldung ihres Ausschlusses von der Wahlhandlung spätestens am 18. ds. Mts. beim unterzeichneten Wahlvorsteher eingereicht sein. Sie dürfen höchstens 20 Namen enthalten und müssen von mindestens 20 stimmberechtigten Personen unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Sämtliche eingegangenen Wahlvorschlagslisten werden vom 20. ds. Mts. ab im Rathaus (Aushangtafel) angeschlagen.

Stimmberechtigt und wählbar sind beide Eltern oder die gesetzlichen Vertreter (Vormünder) der Kinder, die die hiesige Bürgerschule besuchen. Jeder Wahlberechtigte hat auch dann nur eine Stimme, wenn er mehrere schulpflichtige Kinder hat. Die Wahl erfolgt auf 3 Jahre durch persönliche Abgabe gefalteter Stimmzettel, die eine der Wahlvorschlagslisten genau bezeichnen müssen und zwar genügt ein Name aus einer solchen Liste. Die Stimmzettel müssen 9x12 cm groß und von weißem Papier sein. Die Ermittlung des Wahlergebnisses ist öffentlich und findet im Anschluß an die Wahlhandlung statt. Im übrigen sind die Bestimmungen des V. Nachtrags zur Schulordnung vom 16./3. 1891 maßgebend. Dippoldiswalde, am 9. August 1921.

Der Wahlvorstand.

M. Schumann, Wahlvorsteher.

Das Faß ohne Boden

Gedanken zur Wirtschaftlichen Steuerreform.

Die am Sonntag veröffentlichten Steuerpläne der Regierung Wirb haben in allen politischen Kreisen große Enttäuschung hervorgerufen. Das Kabinett hat den Parteien einen Streifen Papier hingeworfen und der Kampf zwischen rechts und links geht jetzt darum, ob die direkte oder indirekte Besteuerung besser weggenommen sei, ob dem Besitz oder der Arbeit größeres Unrecht geschehen sei.

Gerade diesen Sturm hatten die Väter des neuen Programms nicht erwartet. Sie hatten sich die Sache so schön zurechtgelegt, daß das Kapital ebenso bluten sollte wie die Arbeit. Der Regierungsentwurf nennt das ausdrücklich die „ausgleichende steuerliche Gerechtigkeit“. Aber damit ist volkswirtschaftlich und steuerrechtlich gar nichts gesagt. Nur parteipolitische Stürme wollte man damit vermeiden. Und dies ist nicht gelungen. Die Wähler der Linken toben. Die Kommunisten nennen das Programm einen Steuerraubzug, die Unabhängigen eine ungeheure Benachteiligung der besitzlosen Klassen. Die bürgerlichen Zeitungen äußern mit Recht die Sorge, daß die sinnlose Steigerung aller bisherigen Steuern nur die Kapitalflucht und den Widerstand der Steuerzahler vergrößern und die Erbschaftsteuerform vollends zum Scheitern bringen wird. In seiner Bestürzung über die ungünstige Aufnahme seiner Vorschläge hat das Reichsfinanzministerium die amtliche Veröffentlichung eine halbamtliche Notiz folgen lassen, des Inhalts, die bekanntgegebenen Richtlinien seien keineswegs der Regierungswirtschaft leichter Schluß. Der Besitz werde, wie bereits angekündigt, vielleicht noch auf anderem Wege als durch Besteuerung zu den Lasten des Reiches herangezogen. Der Gedanke der Beteiligung des Reiches an den Sachwerten sei vorläufig nur zurückgestellt. Aber die verhandelten fünfzehn neuen Steuern bedeuten einen gewissen Abschluß.

Diese Erklärung gibt sich zwar reichlich unklar, aber man erhebt daraus, daß die Regierung nach wie vor mit dem Gedanken einer staatlichen Zwangshypothek spielt, weniger, weil sie die Rettung aus aller Not daraus erwartet, als vielmehr, um die unzufriedenen Sozialistenspinner der radikalen Linken zu verärgern. Man wird also voraussichtlich wieder ein Gutachten der Sozialisationskommission erbitten, man wird die Vertreter der von der Zwangshypothek besonders betroffenen Erwerbskreise befragen, man wird die Redemühle des Reichswirtschaftsrates in stärkere Umdrehungen versetzen. Aber bis dieser Apparat in Gang gebracht wird, ist das Rhodus des 6. September da, und es muß vor dem Reichstag gesprochen werden. Wie will man da dem Vorwurf der Steuerstümperei begegnen, einem Vorwurf, der von allen Seiten des Hauses laut werden wird?

Seit 1909 ist keine Finanzreform mit einigermaßen schöpferischen Gedanken mehr gemacht worden. Aber damals war es leicht. Es galt einfach, für eine vermehrte Staatsstätigkeit vermehrte Mittel herbeizuschaffen. Der Anteil des Reiches an dem Gesamttrag der nationalen Arbeit mußte erhöht werden und, da damals Geld, Ware und Arbeit in einer fast unänderlichen Beziehung standen, genügte das Zahlenbild vollständig, um das Maß dieser Uebertragung auszudrücken. Diesmal müssen nicht nur die Steuern vermehrt, daß heißt also neue Teile der Volkswirtschaft auf den Staat übertragen werden, sondern es hat sich vor allem die Grundlage jeder Steuererhebung verändert. Das Geld hat seine Fähigkeit als Wertmesser verloren, seine Beziehungen zu Gütern und Arbeit sind veränderlich geworden, und wer nur Zahlen hört, weiß darum noch lange nicht, wie hoch eine Steuer eigentlich ist, wieviel sie, in Arbeit oder Arbeitsmittel umgerechnet tatsächlich bedeutet. Alle Verwirrungen kommen aus diesem Widerspruch. Ehe unsere Valuta nicht zur Ruhe kommt, ehe die Reichsmark nicht stabilisiert ist, schwebt jede Finanzreform in der Luft. Das liegt aber nicht an der Belastung, sondern an der Berechnung. Statt sich das Hirn mit Steuererhöhungen und neuen Steuererfindungen zu zermartern, sollen die Berater der Regierung vor allem dem Valutaproblem zu Leibe gehen und die Stabilisierung der Mark betreiben.

Nur dadurch wird die Wiedergutmachung und das Reichsdefizit zu einer amortisierbaren Zahl. Nur dadurch wird die Steuerreform aus einem Faß ohne Boden zu einem Gefäß, das man füllen kann, zu einem Versprechen, das man erfüllen kann.

Vertikales und Sächsisches I

Dippoldiswalde. Die anhaltende Trockenheit und Hitze hat eine so schnelle und fast gleichzeitige Reife aller Getreidearten und damit eine solche Ueberreife aller Erntearbeiten herbeigeführt, daß dem Landwirt kaum Zeit geblieben ist, daran zu denken, daß die eingetretene Erhöhung der Getreidepreise auch eine entsprechende Erhöhung der Feuerversicherung erforderlich macht, wenn er im Brandfall vor großen Verlusten bewahrt sein will. Angesichts der jetzt so häufigen Brandfälle glauben wir uns daher den Dank aller

Landwirte zu verdienen, wenn wir hiermit an schleunigste zellgemäße Erhöhung der Feuerversicherung erinnern.

In der Zeit vom 29. Juli bis 1. August ist von einer Maschine im Weißeritztalwerke ein Treibriemen, 5,30 Meter lang, 6 Zentimeter breit und 5 Millimeter stark, entwendet worden. Vor Ankauf des Riemens wird gewarnt. Die Firma hat für Ermittlung des Täters und für Wiedererlangung des Riemens eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt. Personen, die Wahrnehmungen bei der Entwendung des Riemens gemacht haben, werden gebeten, die Polizeiwache hiervon zu benachrichtigen.

Schmiedeberg. Vorüber sind die fröhlichen Tage des Schützenfestes, des ersten wieder nach dem Kriege. Am Sonnabend nahm es seinen Anfang mit Zapfenstreich und einer langausgedehnten Bierprobe im Schützenzelt. Sonntag früh weckten Böllerschüsse die Schläfer und bald ging die Reveille durch den Ort. Unterdessen wurde auch der große Vogel in luftige Höhe gebracht und gräßte von der 24 Meter hohen Vogelflange herab auf die Besucher der Festwiese. Am Auszuge nachmittags 2 Uhr beteiligten sich fast alle Vereine des Ortes, worauf das Schießen nach Scheibe und Vogel seinen Anfang nahm. Lechterem war man allzusehr zu Leibe gegangen, so daß nur ein Rest desselben für Montag aufgespart werden konnte. Der Besuch auf der Vogelfläche war außerordentlich zahlreich und die sommerliche Hitze war so recht dazu angetan, einen herrlichen Bierdurst hervorgerufen. Das Königsfrühstück am Montag vormittag stifteten die beiden Könige, die Herren Fabrikbesitzer Ernst Walthers und Bäckermeister Kilian Schwarzwälder. Treffliche Reden, ernst und humorvollen Inhalts, wärzten das Festmahl. Nach dem üblichen Festzug am Nachmittag begann wieder das Schießen nach Scheibe und Vogel. Diesmal erwarteten sich die Königswürde die Herren Baumeister Oefke und Sägewerksbesitzer P. Müller. Unter prächtiger Illumination des Ortes fand gegen 9 Uhr der Einzug der Schützen statt und ein wohlgeklungenes Feuerwerk bildete den Beschluß.

Spechtitz. Zu einer sehr schönen Feier gestaltete sich die Einweihung unseres Kriegerdenkmals, welche am 31. Juli stattfand. Um 3 Uhr formierten sich die Einwohner und Ortsvereine nebst den Militärvereinen von Rabenau und Seifersdorf zu einem Zuge und nahmen vor dem verhallten Ehrenmale Aufstellung. Mit einer markigen Ansprache übergab Herr Architekt Liebegott als Geschäftsführer des Herrn Steinbildhauermeister A. Korbach, Hainsberg, sein selbst entworfenes Denkmal an den Vorsitzenden des Denkmalausschusses, Herrn Tischlermeister Härtwig, und unter prächtigen Gewehren der Gewehrabteilung des Rabenauer Militärvereins fiel die Hülle. Es war ein erhebender Moment, dieses Kunstwerk nun in seiner Vollendung zu sehen. Erhaben und wichtig steht es da, dazu peinlichst sauber gearbeitet, zum Ruhm seines Erbauers und zur Ehre derer, die ihr Leben gaben für ihr Vaterland. Das alte Reiterlied „Morgentrot“, welches vom Männergesangsverein „Lira“ Spechtitz vorgetragen wurde, reifte sich würdevoll in die Feststimmung ein. Darauf sprach Fräulein Martha Schneider einen sehr schönen und sinnreichen Prolog. Den Höhepunkt der Feier bildete die Fest- und Welherede des Herrn Pfarrer Ely, Seifersdorf. Meisterhaft verstand er es, Kriegstuf, Abschied, Liebe und Tod zu versinnbildlichen. Wem hätte da wohl nicht das Herz höher geschlagen, wo die Erinnerungen an die schwere Kriegszeit wieder lebendig wurden. Es war eine tief sinnige und gewaltige Festrede im wahren Sinne des Wortes. An den Weiheakt anschließend sang der Männergesangsverein „Lira“: „Das ferne Grab“. Selten schön klang das träumerisch gesungene: „Ach, diesem fernen Grab gilt all mein Sehnen, sieh drauf ein Lau herab, sind's meine Tränen.“ In beiden Liedern war die Tüchtigkeit der Sänger zu erkennen, dank ihres begabten Liedermeysters, des Herrn Leudert, Rabenau. Herr Tischlermeister Härtwig übergab dann das Ehrenmal an Herrn Gemeindevorstand Robert Schneider, welcher es in den Schutz der Gemeinde übernahm und verlas die 18 Namen der aus der Gemeinde

Gefallenen. Sie sind in Stein gehauen, dazu noch, wann und wo sie gefallen sind. Hierauf legten Angehörige, Vereine und Kinder der Gemeinde kostbare Kränze und Blumen nieder, welche das Gesamtbild in jeder Weise ehrten und zierten. Die Gewehrabteilung des Rabenauer Militärvereins gab dann die Ehrensalven als letzten Soldatengruß ab. Als Schluffgang trug Herr Kantor Weber, Seifersdorf, mit einem zusammengeführten gemischten Chöre aus dem Orte vor: „Ich hatt einen Kameraden.“ Ebenbürtig zeigte sich auch dieses Lied den vorherigen. Zum Schluß dankte noch Herr Gemeindevorstand Schneider allen, die mit Geldmitteln und allen anderen Liebeswerken dazu beigetragen hatten, das Ehrenmal zu errichten und den Tag zu verschönen. Ein Volk, das seine Toten ehrt, ehrt sich selbst!

Mohorn. Am Montag vormittag ist die 64 Jahre alte Ehefrau des Schuhmachermeisters Pähke im Bett in ihrer in Mohorn gelegenen Wohnung erschossen aufgefunden worden. Auffällig war, daß der Ehemann der Ermordeten am Sonntag abend nach Dresden fuhr und bis Dienstag noch nicht wieder zurückgekehrt war. Gendarmerie und Staatsanwaltschaft im Verein mit der Kriminalpolizei nahmen umfangreiche Ermittlungen vor. Es bekräftigte sich der Verdacht, daß infolge ehelicher Zerwürfnisse die Tat vom Ehegatten selbst ausgeführt worden sei und daß es sich nicht um einen Raubmord handle. In der Nacht zum Mittwoch kehrte Pähke in seine Wohnung zurück. Er wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Nach erfolgter behördlicher Aufhebung war die Leiche der Ermordeten inzwischen nach dem Friedhofe gebracht worden, wo die Sektion stattfand. Wie verlautet, ist der Gattenmörder voll geständig. Der Sohn der ermordeten Frau war am Sonntag in einem Nachbarorte gewesen; er legte sich abends nach der Rückkehr schlafen, ohne zu ahnen, daß seine Mutter bereits erschossen in ihrem Bett lag.

Sayda. Ein schwerer Unglücksfall trug sich im nahen Dittmannsdorf zu. Der Restaurateur Oldaner stieg beim Füttern eine Kuh so heftig gegen das Auge, daß dieses sofort auslief.

Dresden. Der Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt plant die Einführung einer Vergnügungssteuer und einer Schankenerlaubnissteuer. Die Vergnügungssteuer soll in der stärkeren Heranziehung der Tanzbelustigungen, der Maskenbälle und der Kostümfeste bestehen. Die Schankenerlaubnissteuer soll bei der Erteilung der Erlaubnis für einen neuen Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft die Hälfte des auf volle 100 M. nach oben abgerundeten Jahres-Miet- oder Pachtpreises oder -wertes und bei Erteilung eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus 2000 M. betragen.

Chemnitz. Vom Polizeiamt Chemnitz wird mitgeteilt: „Im Juni d. J. hat sich in Berlin unter der Bezeichnung „Adler-Konzern, Alfred Benrich u. Co.“ ein sogenanntes Wettbüro aufgetan, das denjenigen, die ihr Geld bei ihm anlegten, in sechs Wochen 100 Prozent Gewinn versprach. Geschäftsführer war ein jüngerer Mensch, der sich Bruno Piz nannte, seine Vertreter in Leipzig, Chemnitz, Breslau, Großenhain und anderen Orten zum Zwecke der Entgegennahme der eingezahlten Beiträge manchmal besuchte, im übrigen aber sich sehr wenig um die in Berlin gelegene „Hauptzentrale“ kümmerte. Seine in Leipzig wohnhaften Vertreter, die von ihm über den Geschäftsbetrieb und die Realität des Adler-Konzern eingehend unterrichtet werden wollten, hatten ihn für den 6. d. M. in ein hiesiges Hotel bestellt, woselbst er auch erschienen war. Als er ihnen auf ihr Drängen mit allerlei Ausflüchten antwortete und sie die Hilfe der Polizei herbeirufen wollten, ist er durch ein im 1. Stockwerk des Hauses gelegenes Fenster auf ein Dach gesprungen, von dort auf die Straße gelangt und entkommen. Die mißtrauisch gewordenen Vertreter hatten ihm vorher noch über 30 000 M. abgenommen und diese, sowie ein Dankbuch mit über 220 000 M. bei der Polizei freiwillig hinterlegt. Nach ihren Angaben sind seit dem Bestehen des Adler-Konzern gegen 1 Million eingezahlt worden, wovon

Pilz etwa 1/4 Million erhalten hat, aber deren Verbleib kein Nachweis vorhanden ist. Der Umsicht des Leipziger Vertreters ist es zu danken, daß noch etwa 1/4 Million gerettet werden konnte. Es handelt sich zweifellos um ein Schwindlerunternehmen. Der angebliche Inhaber Alfred Gennrich scheint nicht zu existieren, er ist wenigstens von den Vertretern des Konzerns noch nicht gesehen worden. Auch die Person des Pilz ist einwandfrei noch nicht festgestellt. Die Angelegenheit ist den zuständigen Behörden übergeben worden.

Rathen. Der Sonntag gestaltete sich hier wieder einmal zu einem schwarzen Tage, und zwar durch Kletterunfälle. Zwei Personen stürzten ab. Der eine der Abgestürzten kam mit schweren Verletzungen davon, der andere blieb tot am Platze. — Eine Ausflüglerin wurde am Sonntag auf eigenartige Weise an ihrer Weiterwanderung verhindert. Der Hinderungsgrund war das plötzliche Erscheinen von Zwillingen. Leider starben die Kinderchen unmittelbar nach der Geburt.

Wittelsdorf bei Schandau. Ein hiesiger Besitzer erntete wiederholt Frühkartoffeln im stattlichen Gewichte von mehr als einem Pfund.

Radeburg. Tot aufgefunden wurde Sonntag früh auf der Straße vom Kreyernforsthaus nach dem Spitzgrund zu der Glasmachermesser Oswald Kerbs von hier. Er war in der Nacht, von Meissen kommend, mit dem Rad gegen einen Telegraphenmast gefahren und hatte dabei den Tod erlitten.

Kossen. In Reinsberg brannte Dienstag früh das im Jahre 1589 erbaute Pfarrhaus und die alte Schule nieder. Die Kirchenbücher sind dabei vernichtet worden. Die Entstehung des Feuers ist unbekannt.

Oberoderwitz. Die Leiche des vermiften Besitzers des am Sonnabend hier niedergebrannten Bauerngutes, des 82jährigen Leberecht Münch, von dem erst angenommen worden war, daß er den Tod in den Flammen gefunden habe, wurde nun aufgefunden. Münch hatte den Tod in einer Jauchengrube gesucht. Die Leiche ist an den Händen und am Kopf stark verbrannt, so daß anzunehmen ist, daß der Lebensmüde zuerst versucht hat, seinem Leben in den Flammen ein Ende zu machen. Münch zeigte schon seit längerer Zeit ein tief bedrücktes Wesen und hat die Tafel wohl in geistiger Umnachtung ausgeführt.

Eibenstock. Dem 29 Jahre alten verheirateten Hufschmied Vogel in Wildenthal wurde ein Stülch Eisen derart an den Kopf geschleudert, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Zwickau. Seit Sonntag sind zwei Schulfrauen von hier — die 14jährige Herta Doris John und die 13jährige Hildegard Irma Spahn — verschwunden. Die Mädchen waren am genannten Tage auf dem hiesigen Schützenfeste und sind nicht wieder zurückgekehrt. Jetzt haben die Eltern der Mädchen von diesen Karten erhalten, nach denen sie sich in einem Zirkus befinden. Wahrscheinlich sind die jungen Dinger verschleppt worden.

Lloyd Georges Standpunkt.

Unteilbarkeit des Industriegebietes.

Die zweite Sitzung des Obersten Rates in Paris wurde in der Hauptsache durch ein Rededuell zwischen Lloyd George und Briand ausgefüllt, wobei ersterer sich bemühte, sachlich zu bleiben, während Briand sich für seine polnischen Freunde einsetzte. Lloyd George wies mit nachdrücklichem Ernst darauf hin, daß der Weltfrieden von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen und erklärte:

„Die Regelung der Frage könne nicht auf Kosten der Mehrheit der schlesischen Bevölkerung erfolgen. Zur näheren Kennzeichnung dieser Mehrheit entwickelte Lloyd George die Geschichte Oberschlesiens, das zum Teil deutsch und zum Teil polnisch gewesen sei. Deshalb habe man im Verlaufe der Friedenskonferenzen nicht zugehört, daß seine Bevölkerung ein homogenes Ganzes darstelle. Diese Ansicht sei durch das Ergebnis der Volksabstimmung bestätigt worden. Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5 200 000 enthalte nur 1 200 000 Polen. Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme.“

Die Darlegungen Lloyd Georges haben auf die Konferenzteilnehmer und natürlich auch auf die Pariser Presse erheblichen Eindruck gemacht. Letztere ist sehr verschnupft über die entschiedene Haltung des englischen Ministerpräsidenten.

Erneute Prüfung.

Der Vorschlag Lloyd Georges, die oberschlesische Frage durch die Sachverständigen sofort noch einmal überprüfen zu lassen, wurde angenommen. Es soll dabei geprüft werden:

Erstens: Alle Stimmen müßten für die Zusprennung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zusprennung könne nicht gemeindeförmig erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe. Zweitens: Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Die Industriezone, die viel ausgedehnter sein solle, als es der französische Vorschlag vorbringe, sei eine künstliche Schöpfung. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe. Drittens: Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine eigene wirtschaftliche Einheit.

Lloyd George sagte zum Schluß: Im letzten Kriege wurde Frankreich wegen der Gerechtigkeit seiner Sache gerettet. Es vermochte die ganze Welt um seine Fahnen zu führen. Die ganze Welt wird sich jedergelt wieder an die Seite Frankreichs stellen, wenn es ungerechterweise angegriffen wird. Aber kein Volk — das englische Weltreich einbegriffen — kann sich in einen Krieg hineinziehen lassen, der ihm provoziert erscheint, oder zugeben, daß ein Alliiertes in der Stunde des Sieges seine Gewalt mißbrauche oder die Gerechtigkeit verleugne. Frankreich könne nur dann gesichert sein, wenn es sagen kann, daß es, als es

mächtig war, weder seine Macht noch die Prinzipien der Gerechtigkeit mißbraucht habe.

Briand mit dem „Brodhaus“.

Der französische Ministerpräsident Briand ließ wieder seine tönenden Phrasen vom Stapel. Man dürfe keinen „privilegierten“ Besiegten schaffen, dem es besser gehe, wie dem Sieger, meinte Briand. Als Zeugen dafür, daß Oberschlesien kein deutsches Land sei, zitierte er das deutsche „Konversationslexikon von Brodhaus“. Kein Wort steht davon in dem Lexikon. Dieses heißt vielmehr ausdrücklich fest, daß nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung Schlesiens als Polen anzusprechen ist. Weiter versichert Briand:

Man habe die Ausgewanderten abstimmen lassen und ihre Stimmen könnten doch nicht den gleichen Wert haben wie die Stimmen der Einwohner, die im Lande geblieben seien und viel mehr interessierter an dem endgültigen Schicksal ihrer Heimat seien. Von den 200 000 Ausgewanderten die an der Abstimmung teilgenommen hätten, hätten 180 000 für Deutschland gestimmt. Im ganzen genommen habe das Ergebnis der Volksabstimmung gezeigt, daß der deutsche Bewohner im Westen, der polnische im Osten wohne. Geographisch genommen sei also die Lösung leicht und wirtschaftlich Fragen kämen nur im polnischen Teile in Betracht. Es gebe bedeutende deutsche Industriezentren. Zudem man einige von diesen Industriezentren gruppiert habe, habe man das Industriegebiet erzielt. Aber um zu beweisen wie künstlich diese Schöpfung sei, genüge es, daran zu erinnern, daß es 1870 in Katowitz nur ein Gasthaus gegeben habe. Im Industriegebiet hätten die Polen 30 000 Stimmen Mehrheit erzielt. Die ethnographischen Erwägungen müßten vorherrschen. Sie hätten die französische Regierung geleitet, und in ihrem Entwurf erhalte Deutschland

die Mehrheit der Stimmen, die für Deutschland gestimmt hätten, aber aus Polen. Der englische Plan jedoch habe diesen Vorzug nicht, denn er wolle 70 Proz. der polnischen Stimmen Deutschland übergeben, während er nur 11 Proz. der deutschen Stimmen Polen zuschreibe. Lloyd George habe vorzugsweise bemerkt, damit das Industriegebiet leben könne müsse man die Industriezentren der schlesischen Bevölkerung umgliedern. Wenn diese Arbeit gemacht werde, bleibe das Industriegebiet eine Enklave in der polnischen Masse, und es dem deutschen Gebiet anzugliedern, stelle sich die Frage des Korridors.

Die Vertreter der übrigen Staaten faßten sich kurz. Der italienische Ministerpräsident Bonomi abgelehnte im Namen Italiens an die Solidarität der Alliierten, um zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen. Der Vertreter Japans Baron Hayashi prägte den Wunsch aus, daß eine Einigung über eine gemeinsame Formel gefunden werde.

Verteuerte Lebenshaltung.

Steigende Indeziffern.

Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete berechnet wird, ist im Monat Juli beträchtlich gestiegen. Sie beträgt 963, während sie im Vormonat 896 und im Januar dieses Jahres, dem bis jetzt teuersten Monat, 924 erreicht hatte. Zu der Steigerung haben im Berichtsmonat Preissteigerungen für fast alle Nahrungsmittel, besonders für Hülsenfrüchte, Fette, Eier und Milch beigetragen. Vor allem fallen aber bei der Zusammenlegung der den Berechnungen zugrundeliegenden „Normalration“ für die Feststellung der Reichsindeziffer die infolge der außergewöhnlichen Witterungsverhältnisse stark in die Höhe gegangenen Preise für Gemüse und Kartoffeln neuer Ernte sehr ins Gewicht. Die Bewegung innerhalb des Reiches war, im Gegensatz zu den Vormonaten, ziemlich einheitlich. In fast allen Erhebungsgemeinden war eine Steigerung der Lebenshaltungskosten festzustellen.

Vorbereitungen der Reichsregierung.

Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit einer Angelegenheit von weittragender Bedeutung zu befassen haben. Die Reichsregierung ist schon seit einiger Zeit in eine Prüfung der Frage getreten, inwieweit voraussichtlich demnächst die Brotpreiserhöhung, die Steigerung der Mietpreise und die Auswirkung der Steuererhebung, zum Beispiel eine etwaige Verteuerung von Kohle, Gas usw., eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbeiführen werden, und inwieweit dem bei der durch die Reparation verursachten außerordentlich gespannten Finanzlage des Reiches durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu begegnen ist. Da diese Frage auch für die Länder von einschneidender Bedeutung ist, wird sie nicht ohne Benehmen mit den Landesregierungen geregelt werden können. Es ist zu erwarten, daß schon in kurzer Zeit die erforderlichen Verhandlungen beginnen werden, so daß dem Reichstag nach den Ferien bereits feste Vorschläge unterbreitet werden können.

Beginnende Lohnbewegungen.

Die Eisenbahner fordern zur Neuregelung ihrer Lohn- und Gehaltsfrage, die sie angesichts der bevorstehenden neuen Teuerungswelle für nötig halten, die Einsetzung eines Verhandlungsausschusses.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund rief einen Aufruf, in dem er seine Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Reich auffordert, bei den bevorstehenden Lohnbewegungen einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Der Aufruf betont, die Gewerkschaften seien sich der Tatsache voll bewußt, daß die nunmehr leider notwendig gewordenen beträchtlichen Lohnsteigerungen auf neue preiszettend wirken müßten. Sie hätten schon früher nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungelunden Kreislauf mitmachen, und sie würden mit verstärkter Kraft ihre Bemühungen fortsetzen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß man endlich aus dem verhängnisvollen Kreislauf auskomme. Solange dies jedoch nicht gelingen sei, bleibe der Arbeiterkampf nichts übrig, als sich durch ausreichende Lohnsteigerungen einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen.

Auch in München haben infolge der bevorstehenden großen Verteuerung der Lebenshaltung verschiedene Lohnbewegungen begonnen. So sind auf den

wichtigsten Münchener Baustellen die Bauarbeiter in den Streik getreten, um auf die Arbeitgeber einen Druck auszuüben, damit sie sich in Verhandlungen vor dem Landesbeirungsausschuss einlassen. Gefordert wird die Bewilligung einer Stundenloohnerhöhung von 1,50 Mark. Auch im Münchener Großhandel ist eine Lohnbewegung im Gange. Der Arbeitgeberverband hat einen Schiedspruch abgelehnt, der allen Angestellten vom 1. August an eine 15 prozentige Erhöhung der Gehälter zugestimmt hatte.

Politische Rundschau.

De Nord über Oberschlesien.

Paris, 9. August. General De Nord ist in der heutigen zweiten Sitzung des Obersten Rates an erster Stelle das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor Anführung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Er sprach von einer deutschen und einer polnischen Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaflnet, die Wehrkräfte seien nicht aufgelöst. Polen und Deutsche könnten jeden Augenblick über 100 000 Mann verfügen. Oberschlesien sei ein Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei.

Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erklärte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Hooper sich nur erhoben hätten, um die polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er sagte, die Entsendung von Truppenverstärkungen sei nicht nötig, wohl aber ein rascher Entschluß und die Aufrechterhaltung der Einheit der interalliierten Aktion.

Der italienische General de Marini erklärte, daß die Truppen, über welche die Oberkommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und für eine sofortige Aufteilung der Gebiete an Polen und an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nachher zurückgezogen werden könnten.

Hierauf ergriff Lloyd George das Wort zu längeren Ausführungen über die englische These.

Lloyd George will hart bleiben.

London, 9. August. Der Londoner Pressvertreter will von einer Persönlichkeit, die Lloyd George außerordentlich nahe steht, erfahren haben, daß vor einer Abreise nach Paris Lloyd George sich mit den Worten von seinem Freundeskreise verabschiedet habe: „Es wird diesmal hart auf hart gehen, aber ich werde hart bleiben.“ Es wird sich zeigen, ob Lloyd George, wenn er diesen Ausdruck setzen hat, ihn Briand gegenüber auch zu halten vermag.

Deutschlands Verpflichtungen erfüllt!

Paris, 9. August. Das französische Telegraphenbüro Havas meldet, daß die Reparationskommission alle deutschen Verpflichtungen mit Ausnahme der Kohlenlieferungen vom 1. August für erfüllt ansieht. Die Kohlenlieferungen seien seit drei Monaten nicht mehr in der vollen vorgeschriebenen Zahl erfolgt.

Sturmwehler auf der Nordsee.

Hamburg, 9. August. Das mit schweren Sturmwinden aus Westen erfüllte wechselvolle Wetter auf der Nordsee hat noch keine Abänderung erfahren. Nicht weniger als drei Dampfer kamen infolgedessen mit Maschinenschaden von See in die Elbe, nämlich der holländer „Jule“ und die beiden Amerikaner „Coloater“ und „Clasburg“. Der Segelschiffsverkehr ruht nahezu vollständig.

Trantmann Generalkonsul in Kobe.

Berlin, 9. August. Der frühere Leiter des Rates der Presseabteilung der Reichsregierung, der Birk. Legationsrat Trantmann, ist zum Generalkonsul in Kobe (Japan) ernannt worden.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Berlin, 9. August. Der „Gewerksverein“, das Zentralorgan des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) berichtet über den Jahresabschluss für 1920, der Ziffern aufweist, wie er schließlich noch nicht zu verzeichnen hatte. Gegenüber Ende 1919 mit 189 831 Verbandsangehörigen beträgt Ende 1920 die Zahl 225 998, das ist eine Zunahme von 36 167. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt insgesamt 22 365, die Zahl der Ortsvereine ist von 1728 um 141 auf 1869 gestiegen. Gegenüber 1919 sind 5 1/2 Millionen Mark im Jahre 1920 beiliegen, das Gesamtvermögen im Jahre 1920 auf 12 510 481, was heißt fast 7 Millionen Mark mehr, eine Steigerung um mehr als das Doppelte.

Deutscher Kriegertag.

Lübeck, 9. August. Unter dem Namen „Deutscher Kriegertag“ und unter dem Vorhitz des Generaloberst von Heeringen findet vom 12. bis 17. August die große Abgeordnetentagung des Deutschen Kriegertages statt. Verbunden ist damit eine Kriegerversammlung, die das allgemeine Kriegerversammlungsessen, die Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenen- und Jugendfürsorge, das Siedlungs- und Kriegerversammlungsessen, sowie das Wanderspielwesen umfaßt. Die Ausstellung findet im Museum und im Schauspielhaus statt. Für eine Sonderfahrt der Teilnehmer an See hat die Stockholmer Sweat-Vinie einen besonderen Salon dampfer zur Verfügung gestellt.

Durch Verfügung des braunschweigischen Ministeriums sind 54 Schupoamate, die der Organisation „Stahlhelm“ angehören, entlassen worden. Ihre Plätze werden voraussichtlich von linksradikalen Elementen ausgefüllt werden.

In der Angelegenheit der Beschließung der deutschen Minenboote in der Kola-Bucht hat Wiktor Kopp im Auswärtigen Amt eine Erklärung namens der Sowjetregierung abgegeben. Das Auswärtige Amt hatte bereits durch Funkpruch ein Ersuchen um Aufklärung nach Petersburg gerichtet.

Die Reparationskommission ist zufrieden. Die Agentur Havas berichtet, daß die Reparationskommission

mission die deutschen Verpflichtungen vom 1. August für erfüllt anfleht, mit Ausnahme der Kohlenlieferungen, die seit drei Monaten nicht mehr in der vorgeschriebenen vollen Zahl abgeliefert worden seien. Seit jener Zeit datiert der Polenaufstand in Oberschlesien, der unsere Kohlenförderung erheblich beeinträchtigt.

„Auf Kosten Deutschlands!“ In dem Bestreben möglichst große Truppenteile im besetzten Gebiet stationieren zu können, hat das Oberkommando der französischen Rheinarmee in Mainz in der Stadt Oberlahnstein eine Garnison für ein französisches Regiment errichtet. Auf Kosten Deutschlands werden für den Bau einer Kaserne und für Offizierswohnungen etwa 40 bis 50 Millionen Mark ausgegeben werden. Dies Beispiel ist ein neuer Beweis für die Tatsache, daß Frankreich einen Teil seiner Kosten für die Unterhaltung seiner Armee auf die Schultern Deutschlands abzuwälzen bestrebt ist.

„Zeugenvernehmung im Fall Langevin.“ Halbamtlich wird mitgeteilt: „Wegen des Zwischenfalls mit dem französischen Kapitän Langevin, der, wie bereits gemeldet, unlängst auf der Station Spandau aus dem D-Zuge Berlin-Norddeich durch Polizeibeamte entfernt wurde, fand im Berliner Polizeipräsidium die Vernehmung einer Reihe von Zeugen statt. Alle Zeugen, die als Reisende bei dem Vorfall zugegen waren, sagten übereinstimmend aus, daß Langevin provokierend aufgetreten sei. Das Verhalten der Beamten der Eisenbahn und der Schutzpolizei sei dagegen durchaus ruhig und korrekt gewesen. Die Entfernung des französischen Offiziers aus dem Zuge sei notwendig geworden, weil die Erregung der Reisenden infolge des Verhaltens Langevins sich so gesteigert habe, daß Tätlichkeiten nicht ausgeschlossen seien.“

„Neue Schikanen im besetzten Gebiet.“ Die Verkehrsperre für Kraftwagen, die dieser Tage an der Grenze des Reichsgebietes verhängt wurde, scheint der französischen Besatzung als Einnahmequelle zu dienen, denn die Kontrollposten auf den verbotenen Straßen sind ermächtigt, den angehaltenen Automobilfahrern die Weiterfahrt gegen Entrichtung einer Gebühr von 800 Mark zu gestatten.

„Landeskulturamt Schleswig.“ Das preussische Staatsministerium hat vor einigen Tagen die Errichtung eines Landeskulturamts in Schleswig beschlossen. Wegen dieses Amtes war schon vor längerer Zeit ein heftiger Kampf zwischen den Städten Schleswig und Kiel entbrannt, der nun durch diesen Beschluß zunächst zugunsten Schleswigs entschieden ist. Im übrigen wird die Angelegenheit auch noch das Parlament beschäftigen. Dem preussischen Staatsrat ist eine entsprechende Vorlage bereits zugegangen.

„Die Aufbruchschäden.“ Das neue Personenschadengesetz, dessen Entwurf gegenwärtig dem Reichsrat vorliegt, regelt alle Ansprüche für Aufbruchschäden an Leib und Leben vom 1. April 1920 ab nach den Grundzügen des Reichsverpflichtungsgesetzes vom 12. Mai 1920. Höhere Ansprüche werden vom Reich nicht bewilligt.

„Warnungen vor der Fremdenlegion.“ Wie das Reichsministerium des Innern mitteilt, hat die Reichsregierung allen Landesregierungen empfohlen, durch Belehrung in allen Lehreinrichtungen die heranwachsende Jugend vor den Gefahren eines Eintritts in die Fremdenlegion zu warnen. Auch in München treiben sich Werber für die Fremdenlegion herum. Ihr Ziel besteht gewöhnlich darin, junge Leute mit dem Versprechen, daß sie äußerst lohnende Arbeit bekommen, in das besetzte Gebiet zu locken.

„Weitere Steuerprojekte.“ Aus Berlin teilt man jetzt Einzelheiten über den Inhalt des Kapitalverkehrssteuer- und des Umsatzsteuer-Besetzentwurfes mit. Die Höhe der wichtigsten Kapitalverkehrssteuern sind bereits aus dem amtlichen Komunique bekannt. Wirtschaftspolitisch bemerkenswert ist eine Sonderbesteuerung der Mehrstimmaktien, die mit der Höhe des Stimmrechts steigt. Der finanzielle Mehrertrag dieser jungen neuen bzw. erhöhten Kapitalverkehrssteuern ist übrigens verhältnismäßig unbedeutend; er wird auf nicht ganz 900 Millionen geschätzt. Die Umsatzsteuer wird bekanntlich verdoppelt; die bisherigen Bestimmungen für die Ausfuhr werden beträchtlich eingeschränkt. Der Ertrag soll im Höchstfalle 25 Milliarden erreichen.

„Eingriff in die deutsche Rechtsprechung.“ Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Entscheidung mitgeteilt, wonach sie beschlossen hat, nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Patentschaftsfragen gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur internationalen Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger seine Klage vor dem nationalen Gericht des Verklagten einbringen muß. Diese Entscheidung der Rheinlandkommission ist um so unerhörter, als sie in ihren Wirkungen von einschneidender Bedeutung ist, da sie die Entscheidung in Patentschaftsfragen unserer gerade in diesen Fragen höchstentwickelten Rechtsprechung entzieht und sie der bei weitem minder entwickelten ausländischen Rechtsprechung unterwirft. Bekanntlich besteht auch heute noch mit nur geringen Abänderungen in der französischen Rechtsprechung das Verbot der Suche nach dem Vater.

„Eine vierte Internationale?“ Nach dem Bericht der Berliner „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ erklärte der Zentralkomitee der kommunistischen Arbeiterpartei, daß der Bruch mit Moskau grundsätzlich vollzogen sei. Die dringendste Aufgabe des revolutionären Weltproletariats sei der Aufbau einer kommunistischen Arbeiterinternationale. Eine Kommission soll die Vorarbeiten zur Herbeiführung eines Zusammenschlusses aller in Opposition zu Moskau stehenden revolutionären Parteien und Verbände leisten. Die Frage wird auf dem Parteitag in Berlin am 28. August beraten werden.

Rundschau im Auslande.

Nach einer Meldung aus Helsingfors stellt die russische Besatzung in Finnland in Uusika, daß Lenin beachtliche im Auslande zu gehen.

20000 Mesonen aus Westspanien werden dort Ver-

richtungen getroffen, für die Räumung des an Oesterreich abzutretenden Gebietes. Diese Räumung des Burgenlandes soll am Abend des 28. August vollzogen sein und am 27. und 28. August die Uebernahme durch Oesterreich erfolgen.

Die italienischen Zeitungen berichten über eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten in Turin, wo es einen Toten und 16 Verwundete gab sowie an verschiedenen anderen Plätzen in den Provinzen Modena Parma und Mantua.

Bulgarien: Propaganda für Südslawien.

Der bulgarische Ministerpräsident Stambuloff erklärte einem slowenischen Redakteur in einer Unterredung, daß drei Viertel der bulgarischen Bevölkerung für die Vereinigung mit dem südslawischen Staate seien. Wenn man in Bulgarien eine Volksabstimmung veranstaltete, so würde sich nach der Ueberzeugung des Ministerpräsidenten eine große Mehrheit für eine Vereinigung zu einem großen jugoslawischen Staate ergeben.

Griechenland: Die Verluste in Kleinasien.

Der Ministerpräsident Gounaris erklärte im Ministerrat, daß die Nahrungsmittel-Versorgung der Truppen in den besetzten Gebieten Klein-Asiens angeordnet geregelt sei. Die griechischen Verluste schätzt man offiziell auf 1200 Tot und 6000 Verwundete. — Die türkischen militärischen Verluste und die Nationalverluste in Angara haben beinahe 100000 Tote und 150000 Verwundete betragen. Die Regierung soll nicht nachlassen, sondern nach Gejaren vorgehen werden.

Aus Stadt und Land.

„Bergbrand auf dem Hohenstaufen.“ Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, ist der große Bergbrand auf dem Hohenstaufen bei Bad Reichenhaller neuerdings zum Ausbruch gekommen und hat wieder einen großen Umfang angenommen. Der Berg brennt gegenwärtig auf fünf Stellen, auf der Reichenhaller Seite. Das Feuer ist um sechshundert bis siebenhundert Meter in die Höhe gegangen. Es ist auch bei Tage von der Stadt Reichenhaller aus deutlich wahrzunehmen.

„Lugubäcker“ und Oberschlesien. Das Ergebnis der Wäberwölfe für die Oberschlesienhilfe liegt für Pommern jetzt vor. Sehr sonderbar berührt es, daß Heringsdorf ganze 600 Mark aufgebracht hat, Swinemünde 1500 Mark, während die kleinen Bäder anscheinliche Beträge gesammelt haben. Uederitz z. B. 1600 Mark, Roserow 1500 Mark, Miedroy 9211 Mark und Binnowitz sogar rund 10000 Mark.

„Ein kostbarer Vesp in der Bauerntreu.“ In Rothenkirchen bei Plauen erbeuteten Einbrecher im Gehöft des Landwirts W., während der Vespier mit seiner Familie auf dem Lande arbeitete, zwei goldene Uhren mit Kette und eine Perlsperlgarnitur im Gesamtwerte von 15000 Mark, beides Gegenstände, die man früher schwerlich unter eines Bauern Dach gefunden hätte.

„Denkmal für den Blütenmeister des „alten Frickens.“ Ein Denkmal für den Blütenmeister Friedrich des Großen wird die Gemeinde Oberscheden bei Hann.-Münden errichten, zu dem der Entwurf bereits fertiggestellt ist. Johann Joachim Quanz, 1697 in Oberscheden geboren, war der Sohn des Dorfschmiedes. Ueber 300 Blütenkompositionen stammen aus seiner Feder und sind zum großen Teil erhalten. Die Oberschedener hoffen, das Denkmal am 150. Todestage des Meisters (12. Juli 1923) einweihen zu können.

„Revolte in einer Strafanstalt.“ In der Strafanstalt Stein an der Donau, in der gegenwärtig 1250 Häftlinge sind, kam eine Revolte zum Ausbruch, die gefährlichen Umfang angenommen hat, so daß Militär herbeigerufen werden mußte, das von der Waffe Gebrauch machte. Vier Sträflinge wurden getötet, mehrere von ihnen schwer verwundet. Die Unruhen dauern noch an. Die Sträflinge haben in den Zellen alles demoliert, teilweise in Brand gesteckt, die maschinellen Einrichtungen zerstört und die Aufsicht ebenfalls bedroht.

„Deutsche Patente in Amerika geköpft.“ Der Abgeordnete Frear des amerikanischen Repräsentantenhauses beschuldigt in einer Resolution drei frühere Beamte des Verwalters des feindlichen Eigentums, daß sie sich Patente für deutsche Farbstoffe und Chemikalien angeeignet haben. Die Patente hatten einen Wert von 10 Millionen Dollar. Die Beschuldigten haben nur 250 000 Dollar dafür gezahlt. Der Generalstaatsanwalt wartet das Ergebnis der Untersuchung ab, ehe er einschreiten will. Frear sagt in seiner Begründung: Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß im Jahre 1919 von der Verwaltung des feindlichen Eigentums 4000 fremde Patente für Chemikalien und Farbstoffe an die „Chemical Foundation Company“ verkauft worden sind, und dieser Verkauf durch die Beamten der Verwaltung des feindlichen Eigentums, Garban, Cheate und Houg, veranlaßt wurde. Der Verkauf stellt einen Betrug dar, da der Wert der Patente nur 2 Prozent ihres wirklichen Wertes gezahlt wurden. Frear fordert, daß der Verkauf der Patente für nichtig erklärt wird und die „Chemical Foundation Company“ alle Zinsen, Gebühren und Forderungen, welche den gezahlten Kaufpreis überschreiten, wieder zurückzahlen müsse.

„Deutsche Straßennamen in Temesvár.“ Der rumänische Innenminister hat auf Antrag des Temesvárer Oberbürgermeisters gestimmt, daß eine Reihe von Straßennamen in Temesvár, die rumänisiert worden waren, verdeutschet werden sollen. Vor dem Zusammenbruch waren sie magyarisch. So wird es fortan in der Hauptstadt des Banats eine Adam-Müller-Butenbrunn- und eine Renaustrasse geben. Andere Straßen wurden nach verdienten schwäbischen Bürgern der Stadt benannt. Die deutsche Presse begrüßt diese Verfügung warm, obwohl sie zum Ausdruck bringt, daß den Wünschen der deutschen Bevölkerung nicht gefolgt worden sei.

„Attentat in einem französischen Schnellzug.“ Auf den Schnellzug Le Havre-Paris ist ein Attentat verübt worden. Im Zuge wurde um vier Uhr morgens der schweizerische Staatsangehörige Ebener überfallen und seiner Brieftasche beraubt, die 800 Franken und seine Papiere enthielt. Obwohl ein anderer Reisender ihm zu Hilfe kam, gelang es dem Banditen, die Notbremse zu ziehen und aus dem Zuge zu entfliehen. Er ist jedoch später verhaftet worden.

„Carusos letzter Wille.“ In Neapel ist das Testament Carusos eröffnet worden. Zu seinen Generalerben hat er seinen Bruder und seine beiden Söhne eingesetzt, während seiner Frau nur der gesetzliche Anteil zugefallen ist mit der Verpflichtung, die Stiefmutter bis zum Tode zu versorgen. Carusos natürliche Tochter Maria scheint demnach leer ausgegangen zu sein.

„Diebstahl von dänischen Münzen.“ Von Dänemark wird, durch die höhere schwedische Saluta angeregt, oft versucht, Scheidemünzen nach Schweden auszusmuggeln. Bei dem Kopenhagener Böttchermeister Rode, der nach Schweden reisen wollte, fand man mehrere hundert Kronen in 10- und 25-Ceres-Stücken. Durch weitere Untersuchungen wurde festgestellt, daß Rode täglich Spritfahrten nach Malmö unternahm und im Laufe der letzten 6 Monate mit zwei Helfern täglich mehrere tausend Kronen in kleinen Münzen ausgeschmuggelt hat, die die Männer in ihre Westen einnähten. Rode gestand ein, daß er das Kleingeld von den Kondukteuren der Straßenbahn erhalten hat gegen einen Anteil derselben von 3 bis 5 v. H. An der Schmuggelerei sollen mehrere hundert Straßenbahnbeamte beteiligt sein, für die die Anzeigebriefe ein ernstes Nachspiel haben dürfte. Durch den Schmuggel, der seit über sechs Monaten durchgeführt wird, soll Dänemark über eine halbe Million Silber- und Kupfergeld verloren haben.

„Die Angst vor der Schleifmühle.“ In Dramburg in Pommern sind 50 Pfg.-Notgeldscheine ausgegeben worden, die das Mißfallen der Entente erregt haben. Die Scheine zeigen auf der Rückseite den von den Ententemittelliefern angekauften, eine Schleifmühle drehenden deutschen Michel. Unter diesem Bilde liest man:

„Im Dramburger Land gib's, wie bekannt, Ein Institut, die Schleifmühl' genannt. Wer uns're Not noch nicht begriffen, Dem wird hier der Verstand geschliffen!“

Das „Institut der Schleifmühle“ befindet sich bekanntlich in Kallies, wo, wie der pommersche Volkspott zu berichten weiß, Ungebildeten und Ungebilligten „der Hitz abgeschliffen wird“. Das Dramburger Notgeld wurde von der Entente beschlagnahmt!

„Luxemburgische Schmuggler entflohen.“ Das Freiburger Landgericht hatte zwei Luxemburger, die belgische und französische Silberfranken nach der Schweiz schmuggeln wollten, zu je zwei Millionen Geldstrafe verurteilt. Die beiden Verurteilten sind aus dem Gefängnis entflohen und in einem vor dem Gerichtsportal haltenden Kraftwagen über die Rheinbrücke nach dem Elsass entkommen.

Gerichtssaal.

„Die Plünderung der Haseburg.“ Die älteste Burg in der Mark Brandenburg, die Haseburg bei Kleinmachnow, ist völlig ausgeraubt worden. Bis vor kurzem gingen in der alten unbewohnten Burg Plünderer und Lichtscheues Gestindel ein und aus. Die wappengeschmückten Fenster, Zuckerscheiben, Türen, Treppenkäuser, vom winzigen Manikurenlöffelchen bis zur turmfestesten Wetterfahne mit den drei Haken im Brunde — alles gestohlen. Als wieder Leute im Burgried stehlen wollten, gelang es Detektiven, denen schließlich der Schutz des restlichen Eigentums anvertraut war, sie festzunehmen. Der Stellmacher Blämel, der Bäcker Bellerich und dessen Bruder aus Teitow waren es, die sich des Eigentums bemächtigen wollten. Eine Hausdurchsuchung förderte Inventar aus der Haseburg im Werte von 40 000 Mark zutage. Die Potsdamer Strafkammer hatte über acht Angeklagte aus dem Hause Bellerich wegen Diebstahls und Hehlerei zu entscheiden. Fünf Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, eine Tochter wurde freigesprochen und bei zwei Beschuldigten wurde das Verfahren ausgesetzt, um ihre Behauptung nachzuprüfen, die sie über den Erwerb des Inventars bei fliegenden Händlern in der Ränzstraße in Berlin aufgestellt hatten.

„Handelsespionage eines Amerikaners.“ Die Frankfurter Strafkammer beschäftigte sich mit einer Angeklagten wegen Handelsespionage, die gegen den Amerikaner Dr. R. G. van Stone, Chemical Director der The Sherwin-Williams Co. in Chicago erhoben worden war. Stone war nach Deutschland gekommen und besuchte verschiedene der größten chemischen Fabriken. Es zeigte sich jedoch, daß van Stone die Gelegenheit eines Besuchs bei der Badischen Anilin- und Sodaabrik dazu benutzte hatte, Beziehungen zu einem dort tätigen Chemiker anzuknüpfen. Dieser Chemiker gab seinem Abteilungschef hierüber aber sofort Kenntnis und ersuchte auf dessen Veranlassung van Stone riesig um klare Mitteilung darüber, was er von ihm erwartete. Hierauf antwortete van Stone mit einem Brief, in dem er ihn mit aller Deutlichkeit zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zu bestimmen suchte. Bei einer Unterredung, die hier daraufhin in Freiburg i. B. herbeigeführt hatte, wurde der inzwischen erwirkte Haftbefehl gegen van Stone vollzogen. Van Stone wurde nun von der Strafkammer wegen Vergehens gegen § 20 des Reichsgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

„Kohlenstiehlungen vor Gericht.“ Vor dem Berliner Landgericht II hatte sich der Kaufmann Müller wegen Stiehlungen mit Abfallkohle, bei denen er einige 100 000 Mark verdient hatte, zu verantworten. Mitangeklagt waren die Kaufleute Neustadt, Ritschel und Poenide. Der Angeklagte Müller bezog ohne Erlaubnis der Kohlenwerke Abfallkohlen in Posten von je 30 000 Tonnen, und zwar zahlte er 27 bis 30 Mark pro Tonne. Unter Mitwirkung der Mitangeklagten verkaufte er diese Kohlen mit einem enormen Aufschlag, und zwar für 62-80 Mark pro Tonne. — Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten des Wuchers und des Kettenhandels für überführt und beantragte gegen Müller 20 000 Mark Geldstrafe und Einziehung von 100 000 Mark, gegen die übrigen Geldstrafen bis zu 500 Mark. Das Gericht erkannte gegen Müller auf zwei Wochen Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe und Beschlagnahme von 100 000 Mark Uebererwerb, gegen

die übrigen auf Geldstrafen bis zu 500 Mark. Gegen die Lieferanten der Kohlen steht ein besonderes Strafverfahren.

Bereine und Versammlungen.

Deutscher Sattler- und Tapezierer-Verein in München. Der Bundestag der deutschen Sattler- und Tapezierer, der gegenwärtig in München tagt, verlangte die Aufhebung der Sanktionen und hat seinen bisherigen Titel in „Reichsverband deutscher Sattler- und Tapezierermeister“ geändert. Als Ort der nächsten Tagung wurde Hannover gewählt.

Kleine Nachrichten.

Der Polizeikommissar Kleiford aus Wiesbaden wurde ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert.

Im Alter von 67 Jahren starb der bekannte Ordinarius der klassischen Philologie an der Würzburger Universität Dr. Thomas Stangl.

Die Befehlshaber der bei der Ausweisung des verantwortlichen Redakteurs der Zeitschrift „Der Ring der Volksgemeinschaft“, Baurtius, in Düsseldorf angeordnet.

Seit dem Waffenstillstand hat die britische Admiralität mehr als 500 Kriegsschiffe auf die Liste der veralteten Schiffe übergeben, darunter 38 Schlachtschiffe, zwei große und 17 kleine Kreuzer, 300 Torpedojäger und 106 U-Boote.

30 italienische Studenten unter Führung ihres Professors sind in München eingetroffen, um eine längere Studienreise durch Deutschland zu unternehmen.

3. Klasse 179. Sächsl. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, unter welchen kein Gewinn steht, sind mit 500 Mark gezogen worden. (Nächste Ziehung der 4. Klasse.) — Nächste Ziehung:

1. Ziehungstag vom 10. August 1921.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 40000, 30000, 20000) and corresponding numbers.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 10000, 5000, 2000) and corresponding numbers.

Die Münchener Stadtrat lehnt die Brotpreiserhöhung ab. München, 10. August. Der Stadtrat von München hat die Erhöhung des Brotpreises von 1,25 M. auf 1,90 M. einstimmig abgelehnt. Er behält sich alle weiteren Schritte vor.

Größe tschechische Artilleriemannschaft an der deutschen Grenze. Prag, 10. August. Diese Woche werden an der reichsdeutschen Grenze im Westerbirge große tschechisch-slowakische Artilleriemannschaften eröffnet werden. Bei den Manövern werden die größten Hauptbein sowie Fesselballons und Aeroplane verwendet werden.

Das Mandat über Samoa. Rotterdam, 11. August. Aus London wird gemeldet: Der neuseeländische Außenminister Leeds ist von Samoa nach Australien zurückgekehrt. Das Eingeborenen-Parlament von Samoa erklärte ihm, daß man mit Neuseeland nichts zu tun haben wolle. Wenn man schon unter der Vormachtigkeit einer anderen Großmacht als Deutschland kommen müsse, so wolle man sich höchstens Großbritannien gefallen lassen.

Polnische Grenzüberbreitung bei Rosenberg. Blättermeldungen zufolge drangen am Dienstagabend bei Rosenberg starke polnische Banden über die Grenze. Deutsche Apo-Beamtete und Engländer vertrieben die Polen nach einem größeren Gefechte über die Grenze zurück. Wie verlautet, haben die Engländer Verluste gehabt.

Polens Vorbereitungen zum Entscheidungskampf. Breslau, 10. August. Vor einigen Tagen besichtigte General Haller die obererschlesischen Insurgenten-Regimenter und hielt Ansprachen an die Truppenteile, in denen er an die vorbildliche Treue der obererschlesischen Polen an ihr Mutterland, an die heldenmütigen Kämpfe der Insurgenten und das für ihre Rückkehr zu Polen vergossene Blut erinnerte und die Truppen ermahnte, sich zum letzten Entscheidungskampf bereitzuhalten, der zum schwersten Kampf werden könnte. Diesmal würde die ganze polnische Armee hinter den Insurgenten stehen, und diesmal würden sie den erkämpften Boden nicht wieder aufzugeben brauchen.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 10. August 1921.

Table with livestock prices. Columns include animal types (e.g., 102, 164, 172, 2130, 531, 744), descriptions, and prices for 50 kg in Mark.

Kaufe große und kleine Posten Heu. Albert Göhler, Rippien.

Simbeeren kauft jede Menge. Herm. Kaufschuß Nachf. Schmiedeberg.

Wohnung mit voller Verpflegung auf dem Lande in ruhiger, gesunder Lage. Ankauf mit Preis an Rechtsanwalt Dr. Paul Schulze in Dresden, Waisenstraße 14.

Billettarten C. Jehne.

Bertanische Haferstroh auf Heu. Paul Heber, Dippoldiswalde.

Gefunden worden sind mehrere Geldbörschen mit zum Teil hohen Geldbeträgen, 1 Felle, 1 Spazierstock usw. Eandere Bittentarten liefert Buchdruckerei G. Schue.

Ein Hausmädchen in gute Stellung sofort oder 1. September gesucht. Alpbach, Pension Oberlausitzer-Haus, G. Ritzke.

Wichtig! Frische Margarine noch zum alten Preis, empfiehlt Bruno Homann, Altenerger Straße.

Einjänner-Dahe, jährlich 10 Zentner schwer, sowie abgeperlte Ferkel sind zu verkaufen in Maxen Nr. 16.

Freitag und Sonnabend frisch marinierte Heringe bei Martin Thomshke.

Turnverein „Jahn“ nächsten Freitag Monatsversammlung. Morgen Freitag kommen auf Bahnhöfen Schmiedeberg und Sonnabend in meinem Grundstücke 2 Waggon Ia Kartoffeln, à Zentner 105.— M. zum Verkauf. D. Hornei, Schmiedeberg.

Für alle Gemeinden des Bezirks! Vorchriftsmäßige Vorbrücke zur Ausschreibung des Umlagegetreides sind zu haben in der Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde.

Anwartung für Freitag oder Sonnabend gesucht. Brauhofstraße 143 d, I.

Klimasan schützt Ihre Gesundheit! Am 13. Juli ds. J. wurde unterhalb Seidenhof ein Handwagen gefunden. Der Verlustträger kann denselben gegen die gerichtlichen Gebühren im Gemeindeamt Seidenhof abholen. Der Gemeindevorstand Hartmann.

Junges Mädchen, 14-16 Jahre, welches zu Hause schlafen kann, für gan.en Tag gesucht. S. Dausa, Ritzkegasse.

Junge Italiener-Hühner verkauft. B. Zedler.

Militärverein Dippoldiswalde u. U. Sonntag den 14. August ab nachmittags 2 Uhr in der Reichshalle Sommerfest. 2 Uhr Abendfestzug ab Schulhof, anschließend für Damen und Herren Vogelschießen, Scheibenschießen, Rinderdelikation, Sternschießen, Kabbade, Tombola und anderes mehr. Durch Mitglieder eingeübte Gäste herzlich willkommen. Der Tombola gütigst zugedachte Geschenke bitten wir bis Sonnabend bei Herrn Weidner, Riedertorplatz, abzugeben. Der Vergnügungsausschuß.

Naturheilverein Dippoldiswalde. Am Sonntag den 14. August wird im Vereinsgarten des Naturvereins Dresden-Verlau der diesjährige Belegstein abgehalten. Gleichzeitig Gartenfest und Beschäftigung des bedeutend erweiterten Lustbades. Um recht rege Beteiligung wird gebeten. Anmeldungen beim Unterzeichneten. Abfahrt mit dem 1/1-Uhr Zug. Otto Ell, Vorsitzender.

Hafer kauft zum höchsten Tagespreis Louis Schmidt, Dippoldiswalde.

Zur gest. Kenntnissnahme! Unseren Einzahlern geben wir bekannt, daß wir für die letzte Serie, 15. Juli bis 15. August, die in unserem Prospekt in Aussicht gestellten 100 Prozent mit 150 Prozent ab 15. August 1921 zur Auszahlung bringen. Dividenden sind ab 15. August gegen Vorlegung des Abzugsheftes bei unseren Vertretern abzugeben. Reuzahlungen nur bei unseren Vertretern. Für Dippoldiswalde bei unserem Vertreter Herrn Benno Wittig, am Markt 81.

Jockey-Ronzern, Handelsgerichtlich eingetragen.

Aus Stadt und Land.

Buchverbot im Rheinland. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat den Vertrieb des Buches: „Französische Westmischer“, herausgegeben vom Verlag „Karte Hand“ in München, wegen seines „die Würde der Besatzungstruppen beeinträchtigenden und verletzenden Inhaltes“ im besetzten Gebiete verboten. — Außerdem hat die Rheinlandkommission die „Frankfurter Nachrichten“ im besetzten Gebiet für die Dauer von drei Monaten wegen eines Artikels „Rache für Boppard“ verboten, ebenso die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wegen eines Artikels „Wilde Tiere“ und den Vertrieb des „Jahrbuches der Süddeutschen Monatshefte“, das die „Gegenrechnung“, von Dr. Sellinger zusammengestellt, enthält.

Ein 22-jähriger Weitunternehmer. In letzter Zeit war bekannt geworden, daß in Dresden Agenten für einen Wettkonzern „Allemania“ in Berlin von Wettlustigen Gelder annehmen. Jetzt ist als Unternehmer ein 22-jähriger F. Heinrich aus Sebnitz ermittelt und festgenommen worden. Heinrich hat die Gelder teilweise in seinem Ruhestuhl angeordnet. Etwa drei Millionen Mark eingezahlte Gelder sind in Dresdener Banken sichergestellt.

Verbrechen gegen das keimende Leben. In Brilon bei Kassel erregt die Verhaftung des Gewerkschaftssekretärs und Stadtverordneten Johannes Mertens großes Aufsehen. Es werden ihm mehrere Fälle von Verbrechen gegen das keimende Leben zur Last gelegt. Mehrere an der Sache beteiligte Frauen und Mädchen haben schon ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Das Attentat auf die Morganbank. Die Nachforschungen nach dem Urheber des Attentats auf die Morganbank in New York führten zu der Verhaftung des Italiener Giuseppe Filippis, der unter dem Verdacht stand, das Attentat begangen zu haben. Dieser ist nun nach einer Untersuchungshaft von drei Monaten freigelassen worden.

Ueberseebriefe Hamburg-Kongo. Nachdem der Kongodienst der Reederei „Compagnie de Belgique maritime du Kongo“ 7 Jahre geruht hat, fertigt sie nunmehr als erstes Schiff den Dampfer „Matadi“ direkt nach Banana, Boma und Matadi ab. Die Linie wird in Hamburg durch die Firma Elder Dempster Co. vertreten.

Ein Personendampfer mit 200 Fahrgästen gesunken. Der Personendampfer „Masla“ ist auf der Höhe von Eureka (Kalifornien) gesunken. Zwei volle Boote mit Ueberlebenden wurden von einem anderen, Hilfe leistenden Dampfer aufgenommen. Es ist noch nicht bekannt, wie viele Menschenleben zu beklagen sind. Es befanden sich über 200 Fahrgäste an Bord.

Mordmord im Harz. In Braunlage wurde der als Kurgast dort weilende 41 Jahre alte Prokurist Brandt durch drei Schüsse ermordet und dann um 200 Mark Fahrgeld und um verschiedene Wertgegenstände beraubt. Bald nach der Tat wurde die Leiche im Walde aufgefunden. Als mutmaßlicher Mörder ist von der Gendarmerie der 20-jährige Walter Kurt aus Lehe verhaftet worden, der die Brieftasche und sonstige, dem Ermordeten gehörige Sachen bei sich führte. Trotz des Ueberführungsmaterials leugnet der Verhaftete noch die Tat.

Schwere Ausschreitungen eines Betrunknen. In der Berliner Ufergrundbahn beschäftigte ein Betrunkener dauernd die Fahrgäste, so daß diese die Hilfe des Bahnbeamten Hartung in Anspruch nahmen. Als dieser an den betreffenden Herrn die Aufforderung richtete, sich zu mähen, geriet dieser in Wut und schlug ohne Ursache auf S. ein, ritz ihn zu Boden und verletzte ihn schwer. S. mußte darauf zur Rettungstelle gebracht werden, wo schwere Schlagwunden am Kopfe und blutende Wunden im Gesicht und an den Händen festgestellt wurden. Der rabiate Betrunkene wurde nach der Polizei gebracht.

Postüberwachung im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann sonach die Ueberwachung des Postverkehrs jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebietes ohne weiteres ausüben lassen. Sie verfährt auch dementsprechend und richtet auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit bald in diesem bald in jenem Orte des besetzten Gebietes Postüberwachungsstellen ein. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen gänzlich von dem jeweiligen Willen der obersten Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. Es ist aber dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Erwin in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Postanweisungsverkehr mit Oesterreich. Vom 1. August an ist der Weißbetrag einer Postanweisung aus Deutschland nach Oesterreich auf 5000 Kronen und der Weißbetrag einer Postanweisung aus Oesterreich nach Deutschland auf 500 Mark erhöht worden.

Neuerdruckmarken zu 1,60 Mark, 3, 5 und 10 Mark. Die Postverwaltung gibt in nächster Zeit vorübergehend Germania-Ueberdruckmarken aus in den Werten von 1,60 Mark auf der braunen 5 Pfennig-Marke, von 3 Mark auf der zweifarbigen 1/4 Mark Marke, von 5 und 10 Mark auf der dunkelvioletteten 75 Pfennig-Marke. Die Marke zu 1,60 Mark dient hauptsächlich für die Freimachung von Einschreibbriefen, wofür seit Einführung der neuen Gebührensätze bis jetzt keine Marke vorhanden war. Die Marken zu 3, 5 und 10 Mark sind dazu bestimmt, den großen Bedarf an höheren Marktwerten, wie er jetzt namentlich im Paketverkehr besteht, zu befriedigen. Es werden auf diese Weise die Vorräte an 5 Pfennig-, 75 Pfennig- und 1/4 Mark-Marken, die bei den neuen Postgebührensätzen nur noch wenig oder gar nicht mehr gebraucht werden, verwendet und dem Verkehr die bis zum ausbleibigen Erscheinen der neuen Postwertzeichen erforderlichen Mengen an Freimarken höherer Werte zugeführt.

Schreibt Deutsch an Auslandsdeutsche! Aus den verschiedensten Teilen des Auslandes laufen beim Deutschen Ausland-Institut Klagen darüber ein, daß deutsche Geschäftsleute in ihren Schreiben nach dem Ausland sich nicht der deutschen Sprache bedienen. Namentlich aus Südamerika hörte man immer die Klage, daß landeseingeweihte Geschäftshäuser von deutschen Produzenten und Händlern in englischer Sprache angebetet werden, ohne daß das einen anderen Eindruck als den heimlichen der Verleugnung der deutschen Muttersprache mache. Nun kommen auch aus Siebenbürgen Klagen dieser Art. Der Verfassersmann des Deutschen Ausland-Instituts in Siebenbürgen schreibt, daß es schon in der Vorkriegszeit bei den Sachen böses Blut gemacht habe, daß reichsdeutsche Firmen an deutsche Leute in magyarischer Sprache Prospekte und Schreiben sandten, ja sogar den Namen und die Adresse des Empfängers magyarisch anführten. Nach jahrelanger Kriegsunterbrechung seien nun vor einigen Tagen die ersten deutschen Briefe geschäftlicher Art mit Prospekten wieder angekommen und wiesen abermals den alten nationalen Fehler der Verleugnung der deutschen Sprache im Umgang mit doch Deutsch sprechenden Menschen und Volksgenossen auf. Englische und französische Firmen pflegten stets Prospekte und Briefe in ihrer Muttersprache zu schicken. Die Deutschen sollten von ihnen lernen!

Gerichtssaal.

Eine laubere Familie von Einbrechern. au Vater, Mutter, zwei Knaben und einem Mädchen bestehend, die sich alle mit Virtuosität ihrer verböserischen Tätigkeit hingaben, ist in Luzern zu langer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die Familie, die seit 1913 in Luzern lebte, hat während der letzten fünf Jahre mehr als 100 schwere Einbrüche verübt, wovon 60 auf das Konto des Vaters und 40 auf das Konto der Mutter kommen. Die Kinder leisteten den Eltern bei den Einbrüchen nützliche Dienste. Die beiden 12- und 15-jährigen Jungen erkletterten die Schornsteine und öffneten die Türen der Häuser, die die Eltern plündernten. Das 16-jährige Mädchen kundschaftete hauptsächlich in geschickter Weise die Belegenheit in Juwelenläden und anderen Geschäften aus.

Die Ueberladung der Gerichte zeigt mit voller Deutlichkeit eine neue amtliche Zusammenstellung der anhängig gebliebenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei den Landgerichten in Preußen. Die Zahl der anhängig gewordenen Sachen hatte 1913 noch 236 151 betragen. Sie ging während des Krieges bis 1917 auf 108 101 zurück. Seit dem Zusammenbruch ist sie unaufhaltsam auf 348 090 angewachsen. Es macht dabei wenig aus, daß die Landgerichte als Berufungsinstanz infolge der einschränkenden Gesetze weit weniger in Anspruch genommen werden. Die Zahl der gewöhnlichen Prozesse vor den Zivilkammern fiel von 1913 mit 76 115 auf 40 114 im Jahre 1920. Handels-sachen von 2447 auf 860, dagegen ist die Zahl der Prozesse vor den Zivilkammern von 133 629 auf 227 509 gestiegen, der Handels-sachen von 24 065 auf 79 551. Anhängig geblieben waren am letzten Reuejahr allein aus dem Jahre 1920 nicht weniger als 234 943 Sachen, aus 1919 insgesamt 83 893, von 1918 immer noch 17 694, aus den letzten drei Jahren also 336 320 Sachen.

Hungerstreik mit Erfolg. Oder besser gesagt ohne Erfolg, denn das Opfer der Hungerei ist nicht verhungert, sondern aus der Haft entlassen worden. Es handelt sich um die Kommunistin Melli Schumann, die sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befindet. Zweimal schon ist sie in den Hungerstreik getreten, um eine Beschleunigung ihres Strafverfahrens zu erzwingen. Weidern ist jedoch die Sache nicht geglückt, denn die Gerichtsbehörde ließ seinen Zweck nicht und die Schumann ist jetzt aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden.

Dreifaches Todesurteil. Das Schurgericht in Waldshut hat den Tagelöhner Oertag wegen dreifachen Mordes in Verbindung mit schwerem Raub nunmehr dreimal zum Tode verurteilt. Konditor Reuter, der mit dem vorgenannten Oertag gemeinsame Sache gemacht hatte, wurde wegen zweifachen Mordes und schweren Raubes zweimal zum Tode und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine schaurige Liebestragödie, zu der die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse den Hintergrund abgaben, wurde vor einem Berliner Gericht entrollt. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen den selten in Anwendung kommenden Paragrafen 216 des Str.-

W.-B. (Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen). Angeklagt war der Werkzeugmacher Bode aus Dichtenberg. 1919 lernte der Angeklagte die 17-jährige Edith Trageheim kennen. Zwischen den beiden jungen Leuten entspann sich ein Liebesverhältnis. Zu einer Heirat kam es nicht. Als Hinderungsgrund traten die heutigen Lebensverhältnisse in Erscheinung. Der Angeklagte verdiente zwar verhältnismäßig viel Geld, das aber nur zum notwendigen Lebensunterhalt reichte. Diese Tatsache nahm dem jungen Mädchen den Lebensmut, und sie drang ständig darauf, diesem verheulenen Dasein ein Ende zu bereiten. In einem Cafehause saßen sie dann den Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Wenige Stunden später fanden zwei Straßenbahnfahrer den Angeklagten und die Trageheim, beide aus Kopfwunden blutend, auf dem Bürgersteig liegend vor. Der Kopf des Angeklagten ruhte auf der Brust seiner Geliebten, die durch einen Kopfschuß getötet worden war. Der Angeklagte, der sich ebenfalls durch den Kopf geschossen hatte, aber merkwürdigerweise noch am Leben war, schaute leise: „Es ist so kalt, Edith, warum hast du mich nicht ganz erschossen.“ In der Gerichtsverhandlung beantragte der Staatsanwalt gegen Bode die gesetzliche Mindeststrafe von drei Jahren, das Gericht erkannte ebenfalls auf drei Jahre Gefängnis.

Scherz und Ernst.

II. Eine Erhöhung der Feuergefahr tritt mit der warmen Jahreszeit ein, und die Zahl der Brände erhöht eine nicht geringe Steigerung. Die stärkere Sonnenbestrahlung kommt als Ursache aber weit mehr mittelbar als unmittelbar in Betracht, es ist ein verhältnismäßig seltener Vorgang, daß die Sonnenstrahlen brennbare Stoffe entzünden, dagegen veranlassen sie indirekt, vor allem durch die Austrocknung von Holz, Gras usw. viele Brände. Ein Funke kann genügen, um dürres Holz, ausgedörrtes Gras in Flammen zu setzen. Der Funke aus der Lokomotive, der das Gras des Bahndammes und den angrenzenden Wald ganz plötzlich in Brand setzt, ist hierfür der beste Beweis. Auf Austrocknung des Holzes, der Balken und Sparren sind auch nicht wenige der Dachstuhlbrände mittelbar zurückzuführen, die im Sommer die Feuerwehren am meisten beschäftigen. Das Verbot, Bodenräume mit offenem Licht aufzusuchen, muß in der warmen Jahreszeit besonders scharf beachtet werden, da die geringste Unvorsichtigkeit das verheerende Element entfesseln kann. Von dem Dachstuhl ist gewöhnlich auch bei schnellem Erscheinen der Feuerwehr nichts mehr zu retten, das trockene Holz bietet den Flammen zu dankbare Nahrung. Mit dem Verbot des Rauchens in Wäldern muß es im Sommer ebenfalls sehr streng genommen werden. Ein achtlos weggeworfenes Streichholz kann dürres Reisig entzünden, eine Fahrlässigkeit wertvollen Waldbestand vernichten. Sommerliche Brände sind ferner diejenigen durch Selbstentzündung, doch neigen zu dieser weniger trockene als feuchte Materialien. Feuchtes Heu und Stroh, fest und hoch aufeinander gestapelt, kann beim Hinzutritt von Luft zu brennen anfangen, desgleichen Mehl, Kleie, Malz und Kohlen und Sägespäne. Durch Selbstentzündung ist mancher Brand entstanden, den man sich durch andere Umstände vergeblich zu erklären versucht hat.

II. Die Arbeitsleistung beim Spazierengehen. Daß der Mensch „arbeitet“, wenn er stramm seines Weges geht, wird wohl niemand so leicht recht begreifen. Reint man doch das Spazierengehen, das Wandern, eine Ausspannung von der Arbeit, eine Erholung. Verständlicher wird die Sache schon, wenn man daran erinnert, daß es sich beim Spazierengehen um eine „Bewegung“ handelt, und daß jedwede Bewegung Kraft verbraucht. Je mehr Kraft verbraucht wird, desto größer ist die geleistete Arbeit. Beim Stubenhocken leistet man mehr physische Arbeit, beim Wandern aber hat der Mensch seine Körperlast fortzubewegen, die Muskeln werden sehr viel kräftiger angestrengt, die Tätigkeit des Herzens gesteigert, die Wärmeerzeugung erhöht usw. Die Gelehrten haben alle diese Tätigkeiten in Kalorien umgerechnet und sind zu dem erstaunlichen Resultat gekommen, daß man bei einem nur einstündigen Spaziermarich so viel Kräfte verbraucht, wie nötig sind, um 9000 Zentner auf die Höhe eines Fußes zu heben! Aus dieser Berechnung kann man so recht erkennen, warum man eifrig tagtäglich wenigstens ein Stündchen spazieren gehen soll. Nur eine geregelte Wechselwirkung der Bewegungen aller unserer inneren und äußeren Organe führt zu einer gesunden Funktion derselben.

II. Wie weit ist die Erde von der Sonne entfernt? Eine genaue Messung der Sonnenferne ist bisher noch immer nicht möglich gewesen. Man berechnet die Entfernung auf rund 20 Millionen Meilen. Da aber die Entfernung zwischen Erde und Sonne als astronomische Einheit bei der Erforschung der unendlichen Sternwelt dient, so ist von größter Wichtigkeit, diese Entfernung so genau wie möglich kennen zu lernen, denn schon ein relativ kleiner Fehler kann zu den größten Irrtümern führen. Seit 1898 wurden nach internationaler Vereinbarung auf 180 Ozeanstationen von den bedeutendsten Fachgelehrten Beobachtungen und Berechnungen vorgenommen, auch über 11 000 photographische Aufnahmen Bergesetzt, und man ist daraufhin zu einer vorläufigen mittleren Entfernung von 149 471 000 Kilometern gekommen. Da aber die Messungen noch immer um 90 000 Kilometer differieren, werden sie jetzt wiederholt. Man hofft, die Genauigkeit bis auf etwa 700 bis 10 000 Kilometer feststellen zu können.

II. Verantwortung von Briefen. Es gibt sehr schreibselbige, aber auch sehr schreibfaule Menschen

und von den letzteren wohl noch mehr als von den ersten, und die schreibfaulen sind auch die unbelibbter. Wer hat nicht schon mit Ungebuld auf ein Antwortschreiben gewartet und Betrachtungen darüber angestellt, wie jemand es fertig bringen könne, so nachlässig und so unhöflich zu sein. Die Nichtbeantwortung in angemessener Frist ist eine Unhöflichkeit, und sie kann zur Rücksichtslosigkeit werden, wenn der Anlaß des Briefwechsels ein ernster, die behandelte Angelegenheit eine wichtige ist. In einigen Fällen findet jeder Zeit, sei er noch so beschäftigt. Einige Zeilen sind aber besser als keine Zeile, als kein Antwort. Auch Leute, die Erziehung und Bildung beständig im Munde führen, glauben es nicht nötig zu haben, im schriftlichen Verkehr den Forderungen einfacher Höflichkeit zu genügen. Müssen sie selbst auf eine Antwort warten, werden sie aber dem säumigen Briefschreiber Erziehung und Bildung schonungslos absprechen. Wer einen Brief nicht in gebührender Form beantwortet, der verletzt mit dem geltenden Verkehrsriten auch persönliche Empfindungen, und das kann lange nachwirken, und er schädigt möglicherweise den Betreffenden auch in materieller Hinsicht und kann, was man sich merken sollte für diesen Schaden haftbar gemacht werden. Es ist also von jedem Gesichtspunkte aus anzuraten, die Korrespondenz prompt zu erledigen, auch die weniger angenehme und die ausgesprochen unangenehme.

Ein weiblicher Polizist. Die Männlichkeit kann zittern: die Kräfte für Frauenrechte steigen. Nicht nur daß die hohe Weiblichkeit den Parlamenten den nötigen Anmut verleiht, nicht nur daß in jedem Büro Geschäft und Leiden zarte Hände schalten, nicht nur daß in einem Staate im gesegneten Dollarland allsonntäglich ein Weiblein im Talar ernste Worte von der Kanzel spricht, nicht nur daß der Studiosus sein Wirtstochterlein auch im Hörsaal neben sich sitzen sieht — sondern auch das Auge der Gerechtigkeit wird in Zukunft das Auge eines besseren Geschlechts als das der Männer sein. Der Anfang ist gemacht. Drunten im Süden, wo die Landkarte einen langgestreckten Kleids ins Mittelmeer geschoben hat mit der Aufschrift „Italien“ hat man die Ehre, den ersten weiblichen Polizisten kennen zu lernen. In der Kgl. Zitronenregion, in Rom, patrouilliert ein Polizist, 21 Jahre alt, 1,80 Meter groß, 200 Pfund schwer, stark und wohlbeleibt umher, der sich bei näherem Zusehen als weibliches Wesen herausstellt. Dieser Polizist ist trotz des femininen Geschlechts anscheinend jeder weibliche Zug und die Herren Verbrecher in der alten Kaiserstadt fieden ängstlich die Köpfe zusammen, wenn sie von der ehrenwerten Thekla Cibronella (so heißt das Schutzweiblein) sprechen. In der Tat gelang es ihr einmal in einer Nacht, einen wohlbekannten Verbrecher dem Polizeiamt einzuliefern. Hier nahm sie aus Versehen die Mühe ab. Als der Arrestant sie erkannte, bekam er einen Wutanfall, da er es zu entzwey fand, von einer Frau überhäufigt worden zu sein. Ein anderes Mal hat sie einen berühmten Schauspieler vor Taschendiebstahl beschützt. Nach dem Theater wurde er von zwei verdächtigen Figuren verfolgt, einer frag ihn, wieviel Uhr es sei, der andere wollte ihm die kostbare Kette von der Weste reißen. Aber Thekla kam hinzu und verwehrte ihm einen so kräftigen Faustschlag, daß alle beide schleunigst die Flucht ergriffen. Wenn sich Missis Cibronella so weiter entwickelt, wird es nicht lange dauern und die Frauen ziehen mit Revolver und Degen auch durch die Straßen deutscher Städte.

Das Ende der Tauschmaisaktion.

Die Reichsgetreidestelle hat in einer Verordnung besonders darauf hingewiesen, daß für Getreideablieferungen, die erst nach Ablauf des 30. Juni 1921 erfolgen, Bezugscheine für Tauschmais nicht mehr ausgestellt werden dürfen. Hierbei machte es keinen Unterschied, ob die spätere Ablieferung mit oder ohne Verschulden des Landwirts erfolge. Diese Bestimmung entspricht gewiß der ursprünglichen Verordnung über die Zuweisung von verbilligtem Mais gegen Inlandsgetreide. Infolge von Mangel an Kohlen, Dreschapparaten und Arbeitern sind jedoch viele Landwirte nicht in der Lage gewesen, ihrer Ablieferung bis zum 30. Juni nachzukommen. Für diese bedeutet die Entziehung der Maisbezugscheine eine unverschuldete Härte. Der Reichs-Landbund hat daher die Reichsgetreidestelle gebeten, doch denjenigen Landwirten, die ihrer Ablieferungspflicht nachgewiesenermaßen nicht rechtzeitig nachkommen konnten, auch für die Lieferung nach dem 30. Juni die Maisbezugscheine zu gewähren.



Die militärische Lage in Kleinasien vor der Wiedereroberung der strategischen (von Bizanz nach) ...

Volkswirtschaft.

Die drohende Arbeitslosigkeit im englischen Bergbau. Tausende von Bergarbeitern in Wales werden von Arbeitslosigkeit bedroht, da die Kohlenpreise plötzlich tief gesunken sind. Man glaubt, daß die Exporteure durch diesen Preissturz in der Lage sein werden, den amerikanischen Markt zurückzuerobern. Aber es werden trotzdem noch große Mengen für die Ausfuhr nach anderen Ländern verfügbar sein.

Krisis in der belgischen Metallindustrie. In der belgischen Metallindustrie herrscht eine ernste Krise. Von den 64 Hochöfen, welche 1913 arbeiteten, sind nur noch 18 im Betriebe. Seit Januar sind 8 Hochöfen ausgeblasen. Die Produktion beträgt nur noch ein Fünftel der Friedenszeit.

Postpaketbeförderung durch Stinnesdampfer. Von jetzt an werden außer den Schiffen der Hamburg-Amerika Linie und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft auch die Schiffe der Aktien-Gesellschaft Sugu Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel zur Postpaketbeförderung über Hamburg nach Uruguay, Argentinien, Paraguay und Bolivien benützt. Für die Benutzung der Stinnes-Dampfer werden dieselben Gebühren erhoben wie bei der Beförderung mit den anderen Hamburger Dampfern. Mit Schiffen der Stinnes-Gesellschaft werden auch Postpakete mit Wertangabe bis 5000 Franken nach Argentinien befördert.

Bewirtschaftung der Jünderhöfer. Die Jünderhöfer Industrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin hat vom Reichswirtschaftsminister den Auftrag erhalten, für die gleichmäßige und ausreichende Versorgung des Inlandes mit inländischen und ausländischen Jünderhöfern Sorge zu tragen. Der Gesellschaft wird ein Verwaltungsrat angegliedert. Vertreter sind darin die Verbraucher, die Industrie, der Handel und die Arbeitnehmer. Der Verwaltungsrat soll Richtlinien erteilen und die Höhe der Einfuhr bestimmen.

Wie steht die Mark? Es zählten am 9. August für je 100 M. Zürich 7,35, Paris 15,75 Franken. Stockholm 6 Kronen, Amsterdam 4 Gulden, Neuhorl 1,25 Dollar, Rom 28,57 Lire. Ein Pfund Sterling kostete 294 Mark.

Berlin, 9. August. (Börse.) Das Geschäft an der Börse war ziemlich lebhaft. Die Erhebung des Marktkurses in Neuhorl, die man in Verbindung bringt mit dem Stand der Erdbeben, aber die oberflächliche Frage wirkte führend für den Stand der Effekten mit fortlaufenden Notierungen. Der Kassamarkt für Industriewerte zeigte dagegen infolge der andauernden Käufe des Privatpublikums weiter feste Haltung.

Berlin, 9. August. (Warenmarkt.) Notierungen im freien Verkehr: Weizen 230-233, Roggen 170-174, Hafer 178-180, Wintergerste 197-204, Langstroh 18-19, Weizen- und Roggenpreßstroh 21-23, Futterpreßstroh 17 bis 19, Maschinenstroh 19-20, Häffel 22-24, Wiesheu 41-48, Feldheu 51-58, Widen 130-160, Beluschen 140 bis 165, Ackerbohnen 160-165, Viktoriaerbsen 225-240, Futtererbsen 178-180, Erbsenschnitzel 115-145, Seradelle 60-85, Lupinen, blau 60-80, gelb 90-105, Mais 234 bis 298, Reisfahnt 285-300, Rapsfuchen 125-140, Leinwaden 190-205 für 50 Kilo ab Verladekation.

Berlin, 8. August. (Warenmarkt.) Weizen 233 bis 237, Roggen 174-176, Hafer 184-187, Gerste 198-206, Langstroh 18-19, Weizen- und Roggenpreßstroh 21-23, Futterpreßstroh 17-19, Maschinenstroh 18-19, Häffel 22 bis 24, Wiesheu 41-48, Feldheu 50-58, Ackerbohnen 160 bis 165, Viktoriaerbsen 225-250, Futtererbsen 170-180, Erbsenschnitzel 115-145, Jüderfuchsel —, Seradelle 60 bis 85, Lupinen, blau 60-80, gelb 90-110, Rapsfuchen 125-140, Leinwaden 190-205, für 50 Kilo ab Verladekation.

Wie steht die Mark? Es zählten am 8. August für je 100 Mark Zürich 7,35, Paris — Franken, Stockholm 6,95 Kronen, Amsterdam 3,99 Gulden, Neuhorl 1,23 Dollar. Ein Pfund Sterling kostete 295 Mark.

Sport und Verkehr.

Gefängnisstrafe für die unberechtigte Aufnahme von Funktelegrammen. In Holland war es bisher möglich, daß private Personen sich funktelegraphische Stationen herstellten und diese zur Aufnahme von Nachrichten benutzten, die sie beliebig verwerteten. Diese Zustände haben sich als unhaltbar erwiesen, da auf diese Weise das Telegraphengeheimnis nicht gewahrt werden kann. Sie gatten schließlich dazu geführt, daß sich in Holland eine größere Reihe von Personen mit der Aufnahme und der Verbreitung sowie dem Betriebe von Nachrichten befaßte, was in anderen Ländern schon seit längerem durch die Gesetzgebung verboten war und auch im Gegensatz zu den internationalen Vereinbarungen steht. Nunmehr ist bei der zweiten holländischen Kammer ein Gesetzentwurf eingebracht worden, nach dem eine Verringerung des Strafmaßes dahin beabsichtigt wird, daß derjenige mit Gefängnis oder Geldstrafe belegt wird, der funktelegraphische Nachrichten aufnimmt, die nicht für ihn bestimmt sind, und diese verwertet.

Bereine und Versammlungen.

Tagung der Haus- und Grundbesitzer. In Köln fand der Verbandstag der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine statt. Die Versammlungsredner richteten einen Appell an die Parteien des Reiches, den deutschen Hausbesitz nicht mit Steuern zu belasten, die er nicht tragen könne. Der Plan der Goldhypothek wurde abgelehnt. Gefordert wurde die Aufhebung der Zwangsversteigerung. Die Versammlung, die zum Teil sehr erregt verlief, äußerte ihre Mißbilligung über das geringe Interesse der Regierung an der Kölner Tagung.

Kleine Nachrichten.

- Die interalliierte Rheinflandkommission hat neuerdings fünf Kommunen wegen Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsmarine aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.
- Infolge des Streiks der Zimmerleute hat der Arbeitgeberverband für das Rhenberg-Gürtler Handgewerbe die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter für das Tarifgebiet Rhenberg-Gürtel beschlossen.

Schiffschau.

Roman von Leopold Sturm.
(1. Fortsetzung.)

Die würdige Dame trat dem Offizier mit einer leichten Verlegenheit entgegen. „Entschuldigen Sie, bester Herr von Brandhaus, die Störung durch den Wildfang von meiner Nichte. Tini sagt, ich hätte Angst vor dem Gewitter, und sie selbst möchte am liebsten

wie eine Maus in eine Mauerritze flüchten. Eine alte Bodentante muß ja auf alles gefaßt sein.“

„Glauben Sie es nicht, Herr von Brandhaus“, wehrte sich Ernestine Hollweg, „was die Tante sagt. Sie hat zuerst gerufen, wenn doch Herr von Brandhaus zu Hause wäre. Und da habe ich bei Ihnen geklopft. Ein bißchen hat ja auch mir das Herz gepökt, aber ...“

Der Donner schmetterte in tobendem Krachen über die Stadt, die Gebäude schienen zu bebden, die Mauern zu wanken. Und das unausgesehete Leuchten der Blitze erfüllte das Zimmer mit einem grellen Licht, das die Augen zum Schließen zwang. Die Majorin saß in einem Lehrstuhl, ihre Rechte hand neben ihr und hielt die Hand der alten Dame gefaßt. Aber ihre Kraft suchte sie nicht aus dem Händedruck der Majorin, die kam ihr aus den energischen grauen Augen des Offiziers, der ihr gegenüber stand.

Ernestine Hollweg wollte ein Taschentuch ausheben, das ihrer Tante auf den Teppich gefallen war, aber bei dem Wüten der Elemente schwannte sie jetzt doch und sie wäre ausgeglitten, wenn sie Mag von Brandhaus nicht mit seinem Arm aufgefangen hätte.

Sie ruhte an seiner Brust und über ihr blaßes Gesicht flutete seltsam, heißes Erröten. Aus den glühenden Augen der Majorin leuchtete Zustimmung und Befriedigung.

Und der Offizier blickte mit Nahrung und Wohlgefallen auf die blühende Menschenknospe in seinen Armen. Einen Augenblick sah das Unwetter von allen Dreien vergessen.

Die Tür ging auf, Daniel Belzer, der rotblütige Burche des Leutnants, kam herein. Er blieb stramm an der Tür stehen.

„Herr Leutnant, entschuldigen Sie, aber ich war oben in meiner Kammer, und da war es mir gerade, als wollte das Haus einstürzen. Und da bin ich heruntergelaufen, um zu sehen, ob den Damen nichts passiert wäre.“

Mag von Brandhaus lächelte Ernestine Hollweg aus seinen Armen und führte sie zu einem Sessel neben der Majorin. Dann wendete er sich an seinen Burchen: „Bist ein braver Kerl, Daniel, aber du brauchst keine Angst zu haben. Ich bin zur Stelle. Und jetzt geh und lege meine Sachen für meinen Koffer zurecht, ich verreise heute Abend noch.“

„Die Paradeuniform, Herr Leutnant?“

„Nein nur meine Zivilsachen.“ Daniel machte ein sehr erstauntes Gesicht und verschwand. Brandhaus blickte ihm lächelnd nach. „Es ist eine treue Seele, es wird mir schwer, mich von ihm zu trennen, aber es bleibt mir nichts anderes übrig.“

Die beiden Damen hatten über diesen Worten das Unwetter draußen völlig vergessen. Kaum daß der Donner das Zimmer verlassen hatte, riefen sie beide wie aus einem Munde: „Sie wollen uns verlassen, Herr von Brandhaus?“ Und die Majorin setzte hinzu: „Aber das ist ja gar nicht möglich!“ Sie war aufrichtig erschrocken.

Der Leutnant schaute auf die alte Dame und dann auf ihre Nichte. Ernestine zitterte wie Espenlaub. Welt geöffnet hatten ihre braunen Augen ihn in verständnislosem Schmerz an. Er schob diese ergreifende Angst auf das Gewitter.

„Fürchten Sie sich nicht, Fräulein Tini,“ sagte er tröstend. „Sie können es schon beobachten, die Zwischräume zwischen Blitz und Donner werden größer, das Wetter entfernt sich.“

Sie machte eine müde Handbewegung, als wenn sie sagen wollte: „Ach, wenn mich jetzt weiter nichts nichts kimmerte!“ Die alte Dame aber wiederholte: „Sie wollen wirklich fort von uns, Herr Leutnant? Aber das ist ja gar nicht möglich.“

Brandhaus zog die rechte Hand der Majorin an seine Lippen. Dann sagte er: „Liebe und sehr verehrte Frau Majorin, es ist nicht nur möglich, es muß leider sein. Es ist entschrieben, daß ich die Uniform ausziehe und mich einem bürgerlichen Beruf zuwende. Ich werde Medizin studieren. Sie wissen, daß ich schon längere Zeit in meinen freistündlichen Vorlesungen gehört habe, und daraufhin will ich nun mein künftiges Leben aufbauen. Morgen will ich es meinen Eltern mitteilen.“

Frau Hollweg verstummte. Aber Ernestine tat jetzt mit banger und scharfer Stimme die Frage: „Nehmen Sie Ihren Abschied wegen des Zwischenalles mit diesem Felix Wendau, Herr Leutnant? Dann wäre ich ja die unschuldige Ursache, daß Ihnen so Schmerses widerfährt. Ist da nicht noch etwas zu ändern? Das würde ich nie in meinem Leben vermindern, daß Sie um meinetwillen nicht Offizier bleiben.“

Sie wartete angstvoll auf die Antwort. Und die Majorin setzte hinzu: „Aber ich kann mir doch nicht denken, wirklich nicht im Ernst denken, daß Ihr Entschluß unwiderruflich feststeht, Herr Leutnant.“

Er neigte langsam den klugen Kopf: „Es ist so, meine Damen, und Sie dürfen es mir glauben, daß es mir schon sehr schwer fällt, mich von diesen Räumen zu trennen, die mir eine zweite Heimat durch Ihre liebevolle Fürsorge geworden waren. Aber Sie dürfen nicht glauben, Fräulein Tini, daß Sie die unschuldige Veranlassung sind, daß ich aus dem Dienst scheide. Herr Wendau war gegen Sie ungezogen, und daß ich auf Ihre Seite trat war einfach selbstverständlich. Mag es Wendau nicht so gemeint haben, er hat die Rücksichtung, die er erhielt, durchaus verdient. Und deshalb lag für mich kein Grund vor, ihm die Genehmigung, die er verlangte, zu geben. Das wäre ja ein Eingeständnis von mir gewesen, daß nicht er, sondern ich unrecht gehabt hätte. Das war für mich vollständig ausgeschlossen.“

„Sie haben recht,“ rief Ernestine mit glänzenden Augen. „Dieser Wendau ist ein erbärmlicher Mensch und ein Räuber dazu, der nicht den Mut hat, für seine Taten einzustehen, und sich von der Berachtung, die sie ihm einbringen müssen, frei zu machen sucht. Seine Forderung nach Genugtuung ist eine Komödie, und Sie mußten Sie ablehnen.“

„Herr Wendau ist Reserveoffizier,“ warf die alte Dame ein.

(Fortsetzung folgt.)